

Medienkommentar – Bern, 29. September 2026

Prämien: Bürokratie abbauen, Zeit für die Versorgung sichern

Der heute von Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider kommunizierte Anstieg der Krankenkassenprämien unterstreicht, wie wichtig es ist, beschlossene Reformen sorgfältig umzusetzen und ihre Wirkung zu überprüfen, bevor weitere Regulierungen geschaffen werden. Die Schweiz hat ein starkes Gesundheitswesen. Wer es sichern will, muss Kosten und Versorgung zusammendenken – mit Fokus auf den Nutzen für Patientinnen und Patienten, genügend qualifizierte Fachkräfte und verlässliche Rahmenbedingungen.

Die Krankenkassenprämien steigen 2027 im Durchschnitt um 5 Prozent. Das kann Haushalte zusätzlich belasten. Gleichzeitig trägt die qualitativ hochstehende medizinische Versorgung der Schweiz wesentlich zur Lebensqualität der Bevölkerung bei. Diesen Nutzen gilt es bei allen Bemühungen zur Kostendämpfung zu bewahren. Die Ärzteschaft übernimmt ihre Verantwortung für einen effizienten Ressourceneinsatz und engagiert sich gemeinsam mit ihren Partnern für die tragfähige Umsetzung der beschlossenen Systemreformen:

- Seit Anfang 2026 ersetzen TARDOC und ambulante Pauschalen den veralteten TARMED. Jetzt gilt es, das neue Tarifsysteem auf der Grundlage belastbarer Daten und unter Einbezug der ärztlichen Fachgesellschaften kontinuierlich weiterzuentwickeln sowie bestehende Mängel gezielt und rasch zu korrigieren.
- Mit der Einführung der einheitlichen Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen Anfang 2028 werden finanzielle Fehlanreize abgebaut und die Voraussetzungen für eine medizinisch und wirtschaftlich sinnvolle Verlagerung in die ambulante Versorgung (Ambulantisierung) verbessert.

Die Umsetzung dieser Reformen braucht genügend Zeit – ebenso die Beurteilung ihrer Wirkung. Gleichzeitig müssen Gesundheitsfachpersonen zusätzlich bereits beschlossene Regulierungen umsetzen. Bevor weitere geschaffen werden, sind die bestehenden Massnahmen und ihr Zusammenspiel zu prüfen. Neue Vorgaben müssen auf einer fundierten Analyse der Versorgungssituation beruhen und einen nachvollziehbaren Mehrwert für die Patientenversorgung schaffen. Ihre Auswirkungen sind vorgängig sorgfältig abzuschätzen.

Eine gute und sichere Versorgung braucht genügend qualifizierte Fachpersonen mit Zeit für ihre Patientinnen und Patienten. Unnötige Dokumentations-, Melde- und Kontrollpflichten entziehen Ärztinnen und Ärzten wertvolle Behandlungszeit. Die FMH fordert deshalb weniger Mikroregulierung, kohärente Vorgaben und eine nutzenbringende Digitalisierung, die den Alltag erleichtert. Angesichts des Fachkräftemangels ist administrative Entlastung ein zentraler konkreter Beitrag zur Versorgungssicherheit und Kostendämpfung.

Auskunft

FMH, Politik & Kommunikation, Tel. 031 359 11 50, kommunikation@fmh.ch

Die FMH vertritt als Berufsverband der Schweizer Ärztinnen und Ärzte über 46'000 Mitglieder und als Dachverband rund 90 Ärzteorganisationen. Sie setzt sich für eine allgemein zugängliche, effiziente und qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung ein, die attraktive Arbeitsbedingungen bietet und den Nutzen für die Patientinnen und Patienten sowie die Bevölkerung in den Vordergrund stellt.